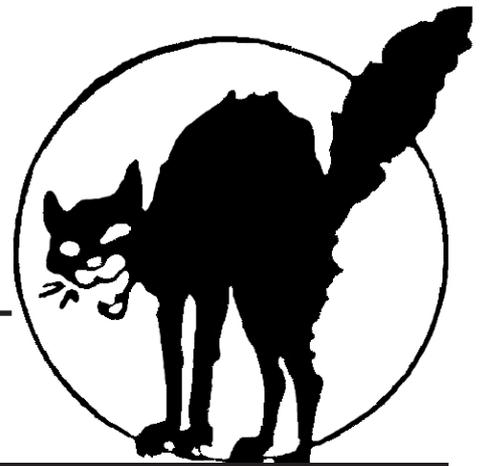


di schwarzi chatz

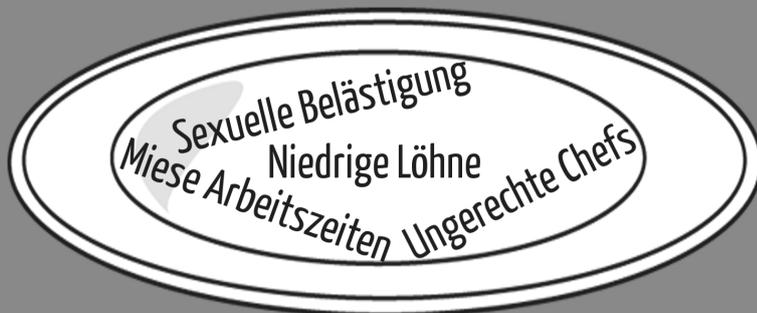


Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

FAU Bern startet Gastrokampagne

In der Schweiz arbeiten 244'000 Menschen im Gastgewerbe. Meist Teilzeit, unter massivem Stress und teilweise ohne Mindestlohn. Zur Liste prekärer Arbeitsbedingungen hinzu kommen dann meist noch sexuelle Übergriffe, miese Chefs und geringe Schichtsicherheit. Sprich: Wenig Lohn für beschissene Arbeitsbedingungen. Die FAU Bern fordert alle Beschäftigten der Gastronomie auf, sich selbstorganisiert für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen!

Wer Menschen bedient hat Besseres verdient!



Arbeitende in der Gastronomie sind mit vielen Problemen konfrontiert.

Kenne deine Rechte!

mehr dazu auf www.faubern.ch/index.php/gastronomie.html
oder QR-Code scannen:



FAU 
Die Basisgewerkschaft

(weiter auf Seite 2)

Juli-Dezember 2017

Nr. 49, 9. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Gentrifizierung in der Lorraine 4

Im alten Arbeiter_innenviertel schlägt die Aufwertung zu. Widerstand regt sich.

Stagnation aus Überzeugung 6

Dieser Artikel will zeigen, das sich eine Gesellschaft laufend darum kümmern muss, mit welchen Strategien sie komplizierte Entwicklungssteuerungen angehen will.

Demonstrative Repression in der Stadt Bern 8

Schon zum zweiten Mal verbot die Stadt Bern eine Antifa-Demo und wurde zu einer besetzten Polizeifestung.

Sci-Fi-Serie Teil 4.2: Künstliche Intelligenzen 9

KI wird von ihren Entwickler_innen geformt. Was können wir daher von ihr erwarten: Toleranz oder Kontrolle?

Die Wiederkehr des bolschewistischen Mythos 11

Die Russische Revolution war vor 100 Jahren. Es ist Zeit mit einigen der Mythen aus dieser Zeit aufzuräumen.

Rubriken

Kultur 15
Rechtliches 16

Wie ihr sicherlich gemerkt habt, ist die Schwarzi Chatz schon länger nicht mehr erschienen. Wir waren in letzter Zeit sehr damit beschäftigt, andere Projekte und Diskussionen zu führen, wodurch wir uns entschieden haben, die Schwarzi Chatz für kurze Zeit einzustellen. Denn hinter jeder Ausgabe stehen Stunden an Arbeit und die Herausgabe meist an wenigen Leuten hängen bleibt. Deshalb suchen wir stets Schreibende und Menschen fürs Lektorat. Falls ihr also gute Artikel habt oder uns sonst irgendwie unterstützen könnt, schreibt uns doch gerne an zeitung@faubern.ch. Wir freuen uns darüber!

Doch nun sind wir bzw. Di Schwarzi Chatz zurück! Und wir haben wieder viele wunderbare Artikel für euch. Als erstes stellen wir euch unsere neue Kampagne in der Gastronomie vor. Denn auch wenn es dort einen GAV gibt, sind die Arbeitsbedingungen immer noch miserabel. Falls ihr in der Gastronomie arbeitet und euch wehren möchtet, dann meldet euch bei uns!

Weiter geht es mit der Gentrifizierung in der Lorraine. Dort geschieht gerade vieles, was als Klassenkampf von oben bezeichnet werden könnte (siehe Seite 4).

Die AHV-Abstimmung zeigt ein politisches Versagen auf, wo nicht einmal mehr das „Links-Rechts“-Schema einsetzbar ist. Strikte Opposition wird uns in der Zukunft leider nicht weiterbringen (siehe Seite 6).

In der Zwischenzeit wurden in Bern zwei antifaschistische Demonstrationen im Keim erstickt. Wirklichen Grund dazu gab es nicht, Kritik vonseiten Medien an der Polizei auch nicht (siehe Seite 8).

Natürlich darf auch die Sci-Fi-Serie nicht fehlen! In dieser Ausgabe geht es um die Künstliche Intelligenz (KI). Diese muss nicht zwingend in einer Dystopie enden (siehe Seite 9).

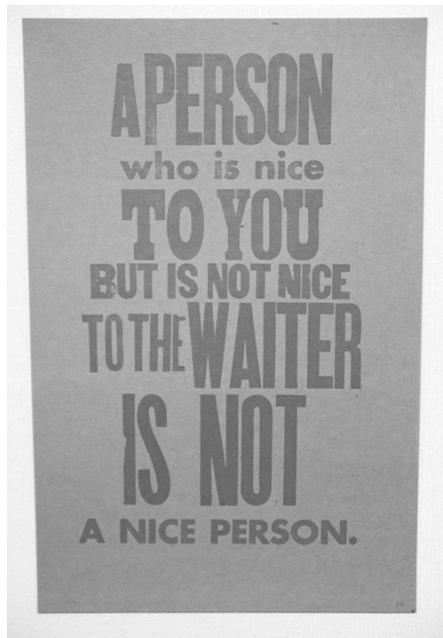
Den Abschluss bildet ein vorzüglicher Artikel zum 100-jährigen Jubiläum der russischen Revolution. Der Autor versucht, den Mythos um den Bolschewismus zu entkräften und der Realität entgegenzustellen.

Viel Spass beim Lesen,
eure Fauistas

Gastrokampagne (von Seite 1)

Niedrige Löhne und Stress

Die Mindestlöhne belaufen sich für Personen ohne Ausbildung auf 3417.- Franken und liegen damit selbst unter dem geringen Mindestlohn von 4000.-, wie ihn die Mindestlohninitiative 2014 forderte.



Ausserdem gilt der Mindestlohn nicht für Personen, welche ganzzeitig an einer Uni oder Fachhochschule studieren. Dies ist besonders stossend, da Studierende häufig in der Gastronomie arbeiten.

Da liegt der Mindestlohn für Ausgebildete wie z.B. Köch_innen mit 4120 um einiges höher, ist jedoch immer noch relativ gering. Besonders angesichts dessen, dass die Arbeit in den „Rush Hours“ überaus anstrengend und stressig sein kann. Dabei ist nicht nur Sozialkompetenz im Umgang mit Gästen und Teammitgliedern gefordert, sondern auch die Fähigkeit, Arbeitsabläufe zu gestalten, zu organisieren und den Umständen anzupassen.

Zimmerstunde

Ein Spezialfall der Gastronomie stellt nach wie vor die Zimmerstunde dar. Als Zimmerstunde bezeichnet man eine längere Pause während der Schicht. Meist handelt es sich dabei um die Zeit zwischen Mittag und Abend. Meist kommen die Angestellten auf den Mittagsservice. Wenn diese personalintensive Zeit vorbei ist, müssen manche Pausen von bis zu 3

Stunden machen und kommen dann auf das Abendessen zurück, wo die Anzahl an Personal wieder steigt. Gerade in Saisonbetrieben z.B. in Skigebieten ist dies ein weitverbreitetes Phänomen. Dies führt jedoch auch zu einem längeren Arbeitstag ohne mehr Lohn, wobei die Pausen meist nicht ausreichen, etwas gescheitertes damit anzufangen. Auch stossend in Saisonbetrieben ist, dass der monatliche Mindestlohn für eine 43,5-Stundenwoche gilt, nicht wie in Normalbetrieben für 42 Stunden. Saisonnières arbeiten also im Vergleich 1,5 Stunden gratis!

Auf Abruf

Normalbetriebe sind verpflichtet Arbeitspläne 2 Wochen vorher und für zwei Wochen mitzuteilen. Bei Saisonbetrieben nur je eine Woche. Dies macht es schwierig, langfristige Planungen anzulegen, da es kein nine-to-five-Job ist und an unregelmässigen Tagen und Tageszeiten gearbeitet wird. Dazu kommt Arbeit auf Abruf: Es gibt Betriebe, wo die Arbeitenden einen Abend vorher Anrufen müssen um zu erfahren, ob sie am nächsten Tag überhaupt arbeiten können. Solche Arbeitsverhältnisse sind der starken Abhängigkeit mancher Betriebe vom schönen Wetter geschuldet. Dies darf jedoch nicht heissen, dass das Betriebsrisiko einfach so auf die Arbeitenden abgewälzt werden kann - zu einem beschissenen Lohn, wohlgermerkt. Denn dann kommt mit der unregelmässigen Arbeit auch die finanzielle Ungewissheit. Wie gesagt: die Löhne sind sehr tief und ausserdem arbeiten von den 244'000 Beschäftigten in der Gastronomie mehr als die Hälfte in einem Teilzeitpensum, was zu einer weiteren Prekarisierung führt: Das Geld reicht ohnehin nicht wirklich zum Leben, was sich durch die Schichtunsicherheit noch verstärkt.

Struktureller Sexismus

In privaten Beziehungen ist das Kochen eher etwas, was gesellschaftlich von der „Hausfrau“ erwartet wird. Daher sollte der Frauen-Anteil in der Küche ja eigentlich hoch sein. In der Gastronomie verhält es sich jedoch eher umgekehrt. Hier zeigt sich bereits der strukturelle Sexismus. Während sich im Privaten und in Beziehungen eher Frauen um die Küche kümmern, ändert sich dies, wenn

es professionalisiert, also zu einem bezahlten Beruf wird. Chefköch_innen sind daher eben meist männlich. Auch in dieser Branche gilt: Je höher die Funktion, umso weniger Frauen hat es. Und je höher die Stellung im Betrieb, umso drastischer werden die Lohnungleichheiten. Also auch der sogenannte Gender Pay Gap¹ öffnet sich gegen oben noch stärker. In Kaderfunktionen der Gastronomie verdienen z.B. Männer im Durchschnitt 1000 Franken mehr als Frauen. Bei Stellen ohne Kaderfunktion sind es „nur“ 200 Franken. Dies ist stossend, da 57% der Angestellten in der Gastronomie Frauen sind. Jedoch sind diese in der oftmals besser bezahlten Küche weniger vertreten. Der Umstand, dass mehr Männer in leitenden Funktionen sind, verschlechtert auch die alltägliche Situation im Betrieb, wenn es um sexuelle Belästigung geht. Es braucht schon viel Einfühlungsvermögen und Kenntnisse von sexueller Belästigung, wenn diese selbst weitaus weniger – wenn überhaupt – erfahren wird.

Sexismus am Arbeitsplatz

Sexuelle Übergriffe sind leider häufig in der Gastronomie. Besonders in den stress- und testosteronbeladenen Küchen kommt es immer wieder zu sexuellen Anmachen, rauen Tönen bis hin zu Gewalt- und Vergewaltigungssprüchen.

Nebst diesen „normalen“ Gefahren durch Kolleg_innen kommen im Service noch die Gäste und eine Bedienungsbeziehung zu diesen hinzu. Schlimmer kann es kommen, wenn dann noch eine Mentalität wie „Der Kunde ist König“ hinzukommt. Manch ein Gast könnte sich verleitet fühlen, sein sexuelles Verlangen offensiv kundzutun. Ein Griff an den Hintern, niedere Anmachen, Forderungen, welche an die Höhe des Trinkgelds gekoppelt sind, all dies ist Normalität in der Gastronomie. Dagegen hilft meist nur Teamrückhalt und ein Bewusstsein vonseiten der Vorgesetzten. Ohne dies ist man als Angestellte_r dem Machtgefüge zwischen Gast und Bedienung ausgesetzt, ohne auf jegliche Unterstützung hoffen

¹ Der Unterschied der Löhne, welcher nur auf das Geschlecht bzw. Gender zurückzuführen ist. Dies entspricht also der sexistischen Lohndiskriminierung.

zu können. Denn manchmal kommt von oben eher ein „Nun hab dich nicht so“ oder gleich die Kündigung. Viele verlassen auch von sich aus den Betrieb, weil sie sich allein gelassen fühlen.

Es kommt jedoch auch oft vor, dass sexuelle Übergriffe nicht vonseiten der Gäste kommen, sondern teamintern stattfinden. Die Chef_innen sind zwar verpflichtet, die Integrität ihrer Mitarbeitenden zu schützen und alles mögliche zu tun, damit sexuelle Übergriffe nicht (wieder) passieren. So müssen diese intervenieren, wenn ihnen sexuelle Belästigung gemeldet wird, besonders bei internen Fällen. Ein Blick in die



Aktion der FAU Berlin gegen die Bar Barist. Zu diesem Zeitpunkt war eine einstweilige Verfügung hängig, wodurch der Namen zensiert werden musste.

Datenbank von www.Gleichstellungsgesetz.ch² zeigt jedoch, dass oftmals auch die Chefs selbst die Täter sind. In der Hälfte der Fälle kamen die Übergriffe durch Vorgesetzte, meist mitsamt der Kündigung, wenn die Avancen nicht erwidert wurden. Dort entfaltet sich ein verheerendes Machtgefälle.

Was tun bei sexueller Belästigung?

In Fällen von sexueller Belästigung sind die Beweise wichtig. Wenn die Belästigung von Kolleg_innen kommt, empfiehlt es sich, diese_n darauf anzusprechen (am besten nicht alleine), vielleicht sogar schriftlich mit Kopie an die Vorgesetzten. Wenn dies nichts nützt, solltest du deine Vorgesetzten auffordern, gegen

² Eine Datenbank der Fachstellen für Gleichstellung, welche Urteile von Gerichten und Schlichtungsbehörden im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz sammelt.

die Person vorzugehen. Oftmals bist du auch nicht alleine, meist sind noch andere im Betrieb betroffen. Also tauscht euch darüber aus, dann hast du auch noch einige Verbündete im Betrieb.

Beweise sind wichtig: solche Protestschreiben an die Vorgesetzten können vor einer Schlichtungsstelle oder Gericht³ als Beweise gelten. Ausserdem solltest du Zeug_innen sammeln, welche etwaige Übergriffe oder Versäumnisse deines Chefs belegen können. Denn dein Chef ist verpflichtet, alles Mögliche zu tun, damit sexuelle Belästigung nicht geschieht oder aufhört und dass dir dadurch keine Nachteile entstehen: z.B. dass dich die abgewiesene oder schon

verwarnte Person nun mobbt. Auch wenn dein Chef dir aufgrund von erfahrener sexueller Belästigung kündigt (z.B. weil du ihn abgewiesen hast), hast du Anspruch auf eine Entschädigung wegen missbräuchlicher Kündigung. Während eines Verfahrens genießt du und deine allfälligen Zeug_innen einen Kündigungsschutz von bis zu 6 Monaten.

Die Öffentlichkeit nutzen

Falls es generell zum Arbeitskampf kommen sollte, befindet man sich in einer zweiseitigen Lage. Einerseits gibt es viele Arbeiten wie Tellerwaschen, welche nicht zwingend eine Ausbildung erfordern. Dadurch kann in diesen Be-

³ Der Gang zu einer Schlichtungsstelle oder einem Arbeitsgericht im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz ist gratis.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gastrokampagne (von Seite 3)

reichen schneller ein Ersatz bzw. Streikbrecher_innen angeheuert werden.

Andererseits ist ein Restaurant ein sehr öffentliches Unternehmen. Dadurch bietet sich in der Gastronomie auch die Möglichkeit, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu gestalten. Kaum etwas ist so schlimm für ein Restaurant, wie ein Imageschaden. Wenn der Ruf erst ruiniert ist, ist es schwierig diesen wiederherzustellen. So versuchte etwa die FAU

Berlin durch Demonstrationen vor dem Restaurant Barist Druck auf die Betreibenden auszuüben. Der Arbeitskampf um ausstehende Löhne endete mit einem Vergleich und somit einem Erfolg. Wie stark die Öffentlichkeit sein kann, bewies das Vorgehen von Barist: Mitglieder der FAU wurden eingesperrt, von Handlanger_innen während Aktionen bedroht und schlussendlich erzwangte der Betrieb kurzzeitig eine einstweilige Verfügung. Diese Verbot der FAU Berlin, den Namen des Betriebs zu nennen⁴.

Wir finden es wichtig, dass sich die Arbeitsbedingungen in der Gastronomie verbessern, bzw. schon nur der Landesgesamtarbeitsvertrag (L-Gav) eingehalten wird. Falls du dich also wehren willst, nimm mit uns Kontakt auf. Wir helfen dir dabei. Denn Gemeinsam sind wir stärker!

FAU Bern

⁴ Für einen ausführlicheren Bericht dieses Arbeitskampfes siehe auch: <https://berlin.fau.org/news/fall-barist-erfolgreich-beendet>

Gentrifizierung in der Lorraine



Von der geplanten Begegnungszone zum Absperrgebiet: Der Neubau an der Lorrainesstrasse 25 stellte nach Sachschäden wieder die Baugitter auf und installierte Kameras.

Das Quartier ist im starken Wandel. Nach dem Breitsch kommt nun auch wieder die Lorraine unter Aufwertungsdruck. Erster Widerstand regt sich bereits (wieder).

Nachdem sich die Stimmung in der Lorraine nach der intensiveren Gentrifizierungsdebatte¹ um die Brache beruhigt hatte, scheint sich erneut Widerstand zu regen. Anlass dafür sind erneut massive und vor allem äusserst sichtbare Veränderungen in der Lorraine.

¹ Als Gentrifizierung versteht man den Prozess, dass billige und heruntergekommene Viertel gezielt aufgewertet werden. Dies führt dazu, dass die alte, arme Bewohner_innenschaft aus dem Quartier verdrängt und mit mittelständischen Gentrifier_innen ersetzt wird (engl. Gentry: Adlige des Mittelstands).

Für Empörung sorgte die Stadt Bern selbst, als sie ankündigte, auf dem Centralweg Wohnungen zu Marktmieten, also teure Wohnungen zu erstellen. Wenn selbst die Stadt die Gentrifizierung in der Stadt vorantreibt, wer würde dann noch bezahlbaren Wohnraum erhalten und erstellen? Mittlerweile ist die Stadt aufgrund des öffentlichen Drucks von diesen Plänen abgewichen und versucht auch preisgünstige Wohnungen zu planen.

Eine weitere Hoffnung besteht in den Wohnbaugenossenschaften. Waren diese früher jedoch Garant_innen billigen Wohnens wie im Tscharnergut, sind viele Neubauten von Genossenschaften heute

mittlerweile preislich der Mittelschicht aufwärts vorbehalten. Dies aufgrund der insgesamt gestiegenen Anforderungen an mehr Wohnraum und Nachhaltigkeit und dem ohnehin teuren Prozess des Bauens². Die Genossenschaftsmieten sind jedoch weniger dem Markt und somit der Spekulation ausgesetzt, wenn die Wohnungen seit längerem bestehen.

Private Spekulation

Anders sieht dies bei privaten Besitzer_innen aus. Eine profitable Taktik der Gentrifizierung ist es, Gebäude verlottern zu lassen und diese nach einer Sanierung um einiges teurer weiterzuvermieten, wenn sich ein Quartier gut verkauft. Dies nennt man den Rent Gap: Dem Unterschied zwischen aktuellem und möglichem Profit. Dies ist in der Lorraine seit Jahren der Fall, auch wenn sich hier die Gentrifizierung weniger stark bzw. weniger rapide zeigte als in anderen Trendquartieren wie Breitenrain und Länggasse. Trotzdem wechselt sich langsam aber sicher die alte Bewohner_innenschaft durch neue, reichere Personen mit besseren Jobs und Bildung aus. Gleiches zeigt sich in der Ladenstruktur: Mittlerweile ist das ehemalige Arbeiter_innenviertel übersät mit Coiffeur_innenläden, Ateliers, Fitnessbuden und allem, was das eitle Herz

² Dass gemeinnützige Wohnbauträger_innen nicht mehr zwingend als Sozialbauprojekte verstanden werden können, wurde bereits an anderer Stelle ausgeführt. Siehe den Artikel „günstiges Wohnen für Alle?“ in *di schwarzi Chatz #45*.

eines selbstbewussten und -optimierenden Mittelstand-Yuppies höher schlagen lässt. So wurde auch der Mietvertrag mit der Pizzeria Nordring nicht verlängert. Als scheinheiliger Grund wurden „Geruchsemissionen“ angegeben. Der Laden steht nun seit Mitte Juli leer. Mitte Oktober berichtete dann der Bund, dass anscheinend die Bäckerei Bohnenblust das Lokal übernehmen soll, auch wenn Bäckereien nicht gerade weniger geruchsintensiv sind. Dafür kann Bohnenblust wohl um einiges mehr Miete zahlen und bringt mehr Ansehen.

Weiter wird auch das Restaurant Feldschlösschen, besser bekannt als „Felder“, verkauft werden. Mitunter durch die Anstrengungen des Quartiervereins *läbigi Lorraine* konnte erwirkt werden, dass der Felder noch zwei Jahre bestehen soll. Der Spunten zeichnet sich durch billige Preise aus und ist eines der wenigen Überbleibsel des Arbeiter_innenviertels. Der Verkaufspreis liegt mit über 1,5 Millionen viermal höher als der amtliche Wert.

Das Quartier gewinnt also weiter an Prestige, und mit dem steigen auch die „marktüblichen (Miet-)Preise“ nach einem Neubau oder einer Sanierung. Und derer stehen in nächster Zeit gleich mindestens zwei an: an der Quartiergasse und am Grünerweg. An beiden Orten wird mit einer Mieterhöhung von bis zu 50% gerechnet, was es wohl vielen Bewohnenden unmöglich machen wird, nach der Sanierung weiterhin dort zu wohnen.

Widerstand regt sich

Die Lorraine war seit längerem immer wieder Ort von Widerstand. Mancher überlegter, mancher brachialer. So wurde der Zeppelinbar so oft die Fenster eingeschlagen, dass die Betreibenden sich schon gar nicht mehr die Mühe machen, diese zu ersetzen. Das gleiche Schicksal erlitt auch der Neubau an der Lorrainestrasse 25. Die Fenster des Co-Working-Space im Erdgeschoss waren mehrmals Ziel von Angriffen mit Farbe und Steinen. Mittlerweile ist der ursprünglich als Begegnungszone geplante Vorplatz mit Baugittern abgesperrt und videoüberwacht. Bei der ehemaligen Nordring-Pizzeria fragten die Vermieter_innen an den Schei-

ben, was mensch den gerne dort drin hätte. Anonyme antworteten mit dem Schriftzug „Dönerbude“ und mit einem Verkehrsschild in der Scheibe. Solche Aktionen mögen vielleicht kurzfristig Interessent_innen und Spekulant_innen abschrecken und zögern lassen, langfristig wird dies jedoch die Aufwertung nur wenig aufhalten.

Andere Menschen beriefen, beunruhigt und wütend vom Quartierwandel, Ende August eine Quartiersversammlung ein, um die stetige Aufwertung und die damit einhergehende Vertreibung Alteingesessener zu thematisieren. Ob sich daraus eine Bewegung von unten aufbauen kann, wird sich noch zeigen. Es bleibt die Frage offen, wie und wogegen man sich organisieren will.



Der Pizzeria Nordring wurde wegen starken Gerüchen gekündigt. Jetzt kommt dort eine geruchsintensive Bäckerei rein. Zwischenzeitlich beantworteten Unbekannte die offene Frage der Vermietenden auf ihre Weise.

Akteur_innenzentrierte Kämpfe

Bei den Akteur_innen der Gentrifizierung handelt es sich meist um die sogenannten Gentrifier_innen (Nachfrage) selbst, aber auch um Immobilienfirmen (Angebot). Zum Beispiel fällt bei vielen dieser Wohn- und Gewerbesanierungen, Neu- und Umbauten immer wieder ein Name: Von Graffenried. Die Von Graffenried Liegenschaftsverwaltung hat in einem Grossteil der Liegenschaften in Bern ihre Finger im Spiel. Von Graffenried ist ein altes Stadtberner Patriziergeschlecht. Die Patrizier_innen hielten im aristokratischen Bern des Mittelalters einen Grossteil der Macht und des Bodens, verloren aber mit der moder-

nen Staatsgründung 1848 einen Grossteil ihrer Macht. Die Bürgergemeinde, sozusagen die Nachfolgerin der Patrizier_innen, hält jedoch immer noch mehr als ein Drittel des berner Bodens in ihrem Besitz. Von Graffenried Liegenschaften ist nur ein Teil dieses Netzes. Aufseiten der Gentrifier_innen werden auch die neuen Ateliers, Bars wie der Zeppelin oder der neue Mittelstand im Quartier angesehen. Es bleibt jedoch fraglich, ob die Bekämpfung dieser Akteur_innen mehr als eine Symptombekämpfung und einfaches Feindbild sein kann. Vielleicht sieht man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr.

Strukturelles Vorgehen

Andere Theorien der Gentrifizierung heben strukturelle Probleme und „Sachzwänge“ hervor und gehen weniger auf die Akteur_innen ein. Als wichtigstes ist dabei wohl die kapitalistische Profitlogik zu nennen. Dadurch macht es keinen Sinn, einzelne Akteur_innen anzugreifen, da diese einfach von einem Heer von Immobilienhaien ersetzt werden. Aus dieser Sicht müssten die dahinterliegenden Probleme gelöst

werden, also auch der Kapitalismus und die staatliche Durchsetzung von Eigentum an Boden abgeschafft werden. Dies jedoch ist eine wahre Herkulesaufgabe, welche im Hier und jetzt wenig Fortschritt zeigen mag, langfristig aber Lösungen bringen kann. Auch weil erfahrungsgemäss Aktionen wie Häuserbesetzungen kurzfristig interessant sind, langfristig die Gentrifizierung eher auch anheizen, als nur hinterfragen.

Die Gentrifizierung ist also ein komplexes Problem. Wenn es schablonenartige Lösungen gäbe, dann würde es auch keine Gentrifizierung mehr geben. Von dem her bleibt vielleicht einfach: Ob strukturell oder militant, wichtig bleibt der Widerstand!

FAT

Stagnation aus Überzeugung

Die Abstimmung zur AHV-Reform zeigt wieder einmal, dass das aktuelle Demokratiemodell in einer Sackgasse ist, aus der herauszukommen entscheidend ist, wenn wir nicht in die Schlaufe der oppositionellen Polemik geraten wollen.

Dieser Artikel will zeigen, dass sich eine Gesellschaft laufend darum kümmern muss, mit welchen Strategien sie komplizierte Entwicklungssteuerungen angehen will. Mit dem Faktor Zeit begründen sich die Bestrebungen zum Aufbau eines nachhaltigen Systems, in dem auch widersprüchliche Lager involviert und verbunden sind. Langfristige und komplexe Themen wie der Umweltschutz ergeben die logische Forderung nach einem globalen Ansatz. Dasselbe gilt auch für Fragen mit moralischem Ursprung, die das Zusammenleben der Menschen auf einem Planeten regeln, zum Beispiel das Solidaritätsprinzip.

Deshalb braucht eine Gesellschaft den Diskurs über die Instrumente, mit denen Sie Prognosen anstellen und Entwicklungen einleiten will.

Beispiel Zukunft AHV

Der Artikel handelt also nicht wirklich von der AHV-Reform, auch nicht von einzelnen anderen Abstimmungen, die genau so gut als Beispiel dienen könnten. Die AHV-Reform ist aber bestens geeignet, meine Überlegungen aufzuzeigen.

Die Frage, die den Stimmbürger_innen vorgelegt wurde, war in zwei Teile geteilt. Das hatte aber nicht mit verschiedenen Modellen oder Perspektiven zu tun, sondern entstammte legislativen Trennungen: Die Mehrwertsteuererhöhung wäre eine Verfassungsänderung gewesen und die Rentenreform 2020 musste dem Volk vorgelegt werden, weil ein Referendum zustande gekommen war. Ohne letzteres hätten wir nur über die Mehrwertsteuererhöhung abstimmen können, also nur noch über den Finanzierungsteil, ohne über die AHV selber reden zu müssen.

Nur eine der beiden Vorlagen anzunehmen/abzulehnen wäre formal natürlich möglich gewesen, eine AHV-Reform hät-

te es aber eh nur bei einem doppelten Ja gegeben – Letztlich also bloss eine etwas kompliziertere Ja oder Nein-Frage. Für die Vorlage war die „Mitte“, nach links und rechts aussen wendete sich die Haltung. Die „Mitte“ war letztlich zu schmal. Irgendwie, und bloss auf einer basalen Ebene, ist es beruhigend, wenn sich die Ja- und Nein- Lager linear entlang politischer Ideologien aufteilen. So erscheint das Ja oder Nein klarer, man kann sich entweder freuen oder ärgern, alles sauber abgeschlossen. Vor allem kann man den Entscheid mit Erklärungen versehen. Löst sich dieses Bild aber in komplexe Strukturen auf, wenn man genauer hinschaut, dann tritt ein Unbehagen zutage. Dabei spreche ich nicht vom bekannten



Schema der „unheiligen Allianz“, die immer in einem verächtlichen, verräterischen Ton beschrieben werden, sondern von einem Gefühl, das mit der stossenden Diskrepanz von alles Ja oder alles Nein-Fragen bei vielschichtigen, langwierigen und komplizierten Entwicklungssteuerungen einhergeht.

Motivation Demokratieentwicklung

Wozu bin ich motiviert, wenn es nicht eine einsilbige Antwort ist? Die Stimmbeteiligung verrät bestens, dass einfach nicht immer mehr bedeutet. Die Erläuterung kann noch so ausführlich sein und der Gegenstand wichtig für meine Zukunft, wenn einem die möglichen Antworten oder Anteilnahmen unzulänglich erscheinen, wendet man keine Zeit auf. Eine öffentliche Debatte kann im Vorfeld durchaus zustande kommen. Der Nutzen ist allerdings fraglich, wenn die ganze Vorbereitungsarbeit abgeschlossen ist und die zu gebenden Antworten alle Aussagen wieder auf zwei Lager reduzieren wird. Beziehungsweise auf drei: Ja, Nein

und Lasst-mich-in-Ruhe.

Nach der Abstimmung geht der Prozess weiter, denn der Ist-Zustand funktioniert scheinbar nicht mehr all zu lange. Üblicherweise fliessen dabei die Diskussion im Vorfeld und die Deutlichkeit der Abstimmung in den weiteren Prozess ein. Somit zeigt die schweizerische Politik zu Beginn der Ausführung/Umsetzung sogar so etwas wie eine Konsensorientierung. Nicht weiter verwunderlich, man kann ja die Gesellschaft nicht nach jeder Abstimmung in die entstandenen Lager aufsplitten. Eingeladen zu diesem Konsens sind aber nur machthabende Teile der Gesellschaft. Denn die vorbereitenden und umsetzenden Kommissionen werden durch die Bundeshausparteien besetzt.

Konsens statt Opposition

Im Konflikt liegt ein produktiver Kern begraben. Im Widerspruch können sich Menschen gut zurecht finden und er beflügelt die Gedankengänge. Dem kann ich mit Vorbehalt zustimmen, nur bedeutet dies nicht, dass wir das

politische System entlang dieser Gedanken aufbauen müssen.

Konflikt kommt überall vor, entscheidend ist der Umgang mit diesem. Das produktive im Konflikt ist die aktive und persönlich involvierte Auseinandersetzung, die die Menschen dazu bringt, sich mit ihrer Motivation auseinander zu setzen. Der Konflikt ist produktiv, wenn man davon ausgeht, dass es keine abschliessenden Wahrheiten gibt, aktuelle Wissensstände werden überarbeitet und mindestens teilweise als Ungenau erkannt. Der Konflikt dient als Herausforderung des Bestehenden, an dem wir aus Bequemlichkeit gerne festhalten. Die unterschiedlichen Modelle der Demokratie dieser Welt gleichen sich in dem Punkt, dass sie obiges zu einem Parteiensystem verbinden, das Macht für kurze Zeit stabil hält und anschliessend wieder (in denselben Kreisen) umverteilt.

Anstatt den Konflikt sehen Basisdemokraten den Konsens, bzw. die Konsensfindungsprozesse als definierendes Element einer Gesellschaft. Vor allem im Hinblick einer nachhaltigen Gesellschaftsbildung

und dem grundsätzlichen Wunsch, Eskalationen zu verhindern, gilt es diesem Anliegen systemisch verstärkt Rechnung zu tragen. Was oft nicht deutlich genug geäußert wird, ist, dass mit diesem Anliegen der Konflikt noch lange nicht aus dem System heraus gedrängt werden kann. Anstatt das eine System zu verdammern und die eigene Ideologie unkritisch zu propagieren, sollte von der Tatsache ausgegangen werden, dass in der Zusammenarbeit zwischen Menschen und in Meinungsbildungsprozessen beide Prinzipien (und andere unerwähnte) ihren Ausdruck finden.

Experimentierfeld Massen und Konsens

Eine These ist, dass schon 10'000 Menschen keinen Konsens zustande bringen, bei dem alle gleichermassen informiert, angehört und involviert waren. Jedenfalls nicht, ohne dass ein Teil der Beteiligten an Altersschwäche von dannen gingen. Umgekehrt ist es gut vorstellbar, das 100'000 Menschen einen Konsens erzielen können, wenn Wissensdifferenzen herrschaftsfrei genutzt werden können und die Toleranz zutage tritt, die erlaubt Formulierungen in Nicht-Von-Mir-Stammenden-Worten zu verstehen, anzuerkennen und zu übernehmen. Entscheidend ist nicht die Komplexität der Fragestellung alleine, sondern das Vermögen der Methode, diese auseinander zu nehmen. In einer Diskussion ist es zwischenzeitlich Wichtig kompliziertes zu vereinfachen und zu reduzieren, anschliessend gilt es diese Elemente aber wieder zu verknüpfen. Einfach können Argumente sein, die Organisation von Gesellschaft nicht.

Die Mittel zu entwickeln, die die oben angesprochenen Probleme anzupacken vermögen, ist anspruchsvoll, auch weil heute geltende Grundsätze neu gedacht werden müssen. Zum Beispiel ist die Analyse von Situationen und Haltungen natürlich grundsätzlich wichtig. Nur haben heute Macht-habende nicht den Anspruch, dies in einer breiten Öffentlichkeit zu machen, zu viele Manipulationsmöglichkeiten würden verschwinden. Ähnlich ist es mit der Aufschlüsselung in Teilbereiche und der anschliessenden zielgerichteten Rekonstruktion. Mit der zunehmenden Möglichkeit der Einflussnahme Einzelner verlieren auch

die gängigen Abstraktionen der Gesellschaft an Bedeutung. Nicht mehr ein Dutzend Parteien und ein Gros an Lobbyverbänden werden ihre Haltungen miteinander abgleichen, es sind tausenden von Meinungen die aufeinander treffen. Diese zusammen zu bringen, kann nicht mehr über die Macht- bzw. „Mehrheitsverteilung“ passieren – nicht wenn das Ziel ausgeglichener und weniger starre Machtverhältnisse sind. Ein Abgleich mit Fakten und die Zusammenführung nach Grundhaltungen sind geeignete Vorschläge, allerdings noch keine Garantie für



eine Synthesenbildung in nützlicher Frist. Das Experimentierfeld ist gross, einige werden den Fokus auf die thematischen Teilbereiche legen, anderen scheint die Untergliederung der Diskussions- und Entscheidungsgruppe von grösserer Bedeutung.

Vielleicht reicht es ja schon mit Teilfragen und einem gewichteten Zusammenfügen zu arbeiten. Vielleicht braucht es auch regionale Diskussionsgruppen zur Konsensfindung, damit weniger Opposition auf der Makroebene auftaucht und zur Blockade führen kann. Wie gross diese Makroebene definiert werden kann, ist eine weitere Frage mit vielen themenspezifischen Antworten.

Eine Zielsetzung zu formulieren und Methoden zur Umsetzung zu entwickeln muss nicht unbedingt dasselbe sein. Gewisse Ziele – oben habe ich Umweltschutz oder Solidarität erwähnt –, lassen sich als globale Fixpunkte vorstellen. Dagegen zeigen viele Erfahrungen, dass der Handlungsspielraum auf lokaler Ebene effizienter und nachhaltiger nutzbar ist. Hinzu kommen grössere Sicherheit bei unvorhergesehenen Ereignissen, Redundanzen durch heterogene Systeme und grössere Nähe zwischen den Menschen und ihren Systemen. Schliesslich ist es wichtig Bürokratie und Administrations-

aufwände auf einem Minimum zu halten. Vor allem, da zentralisierte Strukturen die Tendenz haben, auch zentralisierte Macht darzustellen und die Menschen aus den Handlungs- und Entscheidungsfeldern heraus zu halten.

Strukturen bilden

Wer also der Entfremdung der Menschen von den sozialen und politischen Systemen, denen sie angehören, entgegenwirken will, muss bereit sein, im Lokalen und Bestehenden zu experimentieren.

Dazu müssen eingefleischte Demokrat_innen von der Idee Abstand nehmen, dass die Demokratie am Ende der Geschichte steht, denn es gibt weder eine historische Linearität noch eine automatische Progression. Vielmehr sollten sie sich darauf besinnen, was die Demokratie ausmacht, und wie diesen Idealen näher zu kommen ist. Durch welche Mittel können diese Ziele einfacher, direkter, besser und nachhaltiger erreicht werden?

Aber auch Basisdemokrat_innen sollten mit einem offenen Auge auf die bestehenden Institutionen blicken. Egal wie gut oder ausgereift eine Idee wirkt, nur die Umsetzung kann zeigen, was in der Praxis davon übrig bleibt und über die Zeit bestand hat.

Die Macht wird einem nicht geschenkt und bestehende Ressourcenverteilungen lösen sich nicht in Luft auf. Genauso wahr ist aber, dass bei einem Umsturz nicht komplett neue Ideen umgesetzt werden, sondern bestehende Modelle adaptiert werden. Unabhängig von der Frage, wie weit und mit welchen Mitteln also jemand eine Gesellschaft verändern will, ist es wichtig, dass alternative Interaktionsprozesse ausprobiert und in der Gesellschaft verbreitet/verankert werden.

Demonstrative Repression in der Stadt Bern

Schon zum zweiten Mal verbot die Stadt Bern eine Antifa-Demo und wurde zu einer besetzten Polizeifestung. Solothurn lässt Demo laufen.

Für den 6. Oktober rief ein anonymes Bündnis zu einer antifaschistischen Demonstration in Bern auf. Es hätte Grund genug gegeben: Nebst dem allgemeinen Rechtsruck, welcher die (westliche) Welt erfasst, häufen sich auch lokal immer mehr Übergriffe rassistischer oder sexistischer Art. So traute sich auch die PNOS anlässlich des Solilaufs für die An-

Hetzjagd und Drohkulisse

Der Aufruf für die erste Demo erwähnte diese „Schande von Bern“, wie sie medial gerne genannt wird, eher Nebenbei. Doch die Polizei schlachtete dies gnadenlos aus und baute eine massive Drohkulisse auf. Dabei betonte der Aufruf, dass eine friedliche Demonstration gewünscht sei. Doch die Zeitungen sprangen auf die Polizeieinschätzung – oder besser Propaganda – auf und verteuflten den Umzug. Die Artikel waren begleitet von Bildern der Zerstörung



laufstelle für Sans-Papiers im September nach Bern und klebte die Strassen voll mit Nachbildungen von Einweg-Tickets nach Eritrea. Die Botschaft: „Ihr seid hier nicht erwünscht“. Weiter gab es auch in Wileroltigen mit dem Widerstand gegen den Durchgangspfad für Fahrende offene Sympathien von Faschist_innen für die „Sorgen der lokalen Bevölkerung“.

In Gedenken an den 6. Oktober 2007

Doch zu einem Protest kam es am 6. Oktober gar nicht erst. Bereits im Vorfeld hatte die Polizei in enger Kooperation mit den Medien ein Horrorszenario heraufbeschworen: Die Organisator_innen nahmen im Aufruf eher nebensächlich auf das vereitelte SVP-Fest am 6. Oktober 2007 Bezug. Damals gelang es dem antifaschistischen Widerstand, einen Aufmarsch der rechtspopulistischen und -radikalen Kräfte der SVP auf dem Bundesplatz zu verhindern. Die Polizei hatte den Widerstand massiv unterschätzt, so dass die SVP auf der Nydeggbücke kehrt machen musste, währenddessen die Antifaschist_innen den Bundesplatz stürmen konnten. Gleiches wurde auch hier heraufbeschworen.

von vor zehn Jahren. Damit hatte die Polizei einen Freibrief, alle Mittel aufzubieten, welche sie wollte.

Polizeistadt Bern

Schon sehr früh war der Besammlungs-ort Zytglogge von Polizist_innen besetzt. Sämtliche Anläufe, einen Demozug zu bilden, wurden im Keim erstickt. Auch alternative Versammlungsorte, welche per Twitter angekündigt wurden, waren schnell von der Polizei abgeriegelt. Schlussendlich erklärten die Organisator_innen die Demonstration als gescheitert. Denn mittlerweile wurden rund 30 Personen verhaftet, manchen von ihnen drohen Anklagen wie Gewalt und Drohung gegen Polizist_innen. Zum Abschluss bildete sich gegen 21.00 Uhr doch noch ein (Rückzugs-)Demozug von ca. 200 Menschen auf dem Bahnhofplatz Richtung Schützenmatte. Dabei riegelte die Polizei sämtliche Seitengassen auf der Route ab. Danach kesselte die Polizei die Reitschule ein, so wie sie es bereits im März anlässlich der Effi-Proteste tat.

Eine Woche später wurde wieder mobilisiert, diesmal Samstags um 16.00 Uhr. Doch auch hier verhinderte der Polizeistaat sämtliche Versuche, eine Demonstration abzuhalten. Die Polizei war an beiden Tagen den Demonstrierenden zahlen- und ausrüstungsmässig massiv überlegen. Statt diese Einschränkung der Versammlungsfreiheit und den übertriebenen Polizeieinsatz zu kritisieren, waren Medienberichte von einer heimlichen Freude geprägt. Wer solche freie (Markt-)Medien hat, braucht keine Staatspropaganda mehr!

Erst eine Mobilisierung am 20. Oktober auf Solothurn war erfolgreich. Es gab zwar wie auch in Bern Kontrollen¹, doch zumindest konnte die Demonstration laufen, nachdem kurzfristig – und ohne Gesuch vonseiten der Organisator_innen – eine Route bewilligt wurde. Auch waren hier weniger Polizist_innen im Einsatz, nicht wie die mindestens 900 Cops in Bern.

Aus Prinzip unbewilligt

Auch die Demonstration in Solothurn war aus Protest zum Staat und der zunehmenden Repression gegen Demonstrationen und deren allfälligen Gesuchsteller_innen nicht bewilligt. Warum sollte mensch auch diejenigen anbetteln, gegen die man (unter anderem) protestiert²? So hat auch die Organisation der Demo zum 30-Jahre-Jubiläum der Reitschule in ihrem Aufruf geschrieben: „Für die Demo wird bewusst kein Gesuch eingereicht. Bei den Autoritäten und Institutionen zu betteln hat unsere Bewegung noch nie weitergebracht“. Ein weiterer Nachteil sind die Bestrebungen von Politiker_innen, Gesuchsteller_innen für allfällige Schäden zur Rechenschaft zu ziehen. Zum repressiven Abschluss landen zweifellos die Namen der Organisator_innen in den Fichen des Nachrichtendienst des Bundes.

FAT

¹ Genauer: 68 Kontrollen, 8 Anhaltungen, 4 Wegweisungen.

² Einen legitimen Grund gibt es leider: So sind Menschen ohne Papiere oder ohne Schweizer Pass stärker von allfälliger Repression betroffen. Daher macht es sehr wohl Sinn, bei Demos mit/von solchen Menschen, eine Bewilligung erreichen zu können.

Die Frage zur KI ist nicht, ob sie zu kontrollierter Entmündigung führen oder die Freiheit unterstützen, sondern was wir aufgrund unserer Denk- und Vorgehensweisen erwarten können: Toleranz oder Kontrolle?

Die Vorstellung, eine Maschine zu bauen, deren Prozessoren, Speicher und Programme einen Denkprozess emulieren können, der den Namen künstliche Intelligenz verdient, ist deutlich weniger weit weg von der Umsetzung als noch vor zehn Jahren. Wie nahe daran wir¹ bereits sind, ist eine Prognose, die ich nicht wagen will. Weniger aus Angst vor der Fehleinschätzung, als aus der Annahme, dass die technische Entwicklung kein sinnvolles Prognoseinstrument ist, da zu viele damit einen automatischen Fortschritt verbinden.

Aus meiner Sicht ist also weniger die technische Umsetzbarkeit zu bezweifeln, als die Frage zu stellen, ob wir genügend Aspekte miteinbeziehen. Eine direkte mechanische Umsetzung reicht nicht.

Fantastische Vorstellungen

Künstliche Intelligenzen lösen starke Fantasien aus. Komplette Vernichtung, totale Kontrolle oder absolute Überwachung lassen sich in vielen Geschichten nachlesen. (Ganz) selten dienen die KI's auch treu und selbstlos der Menschheit. Oft beginnt ein Buch mit dem letzteren und geht ins erste Beispiel über. Ebenso oft sind die Handlungen Einzelner oder die der Menschheit als Ganzes der Grund dafür: Schutz des Planeten, der Ökosphäre, der Menschheit vor sich selbst, sind viel häufiger genannte Gründe als der Eigenschutz.

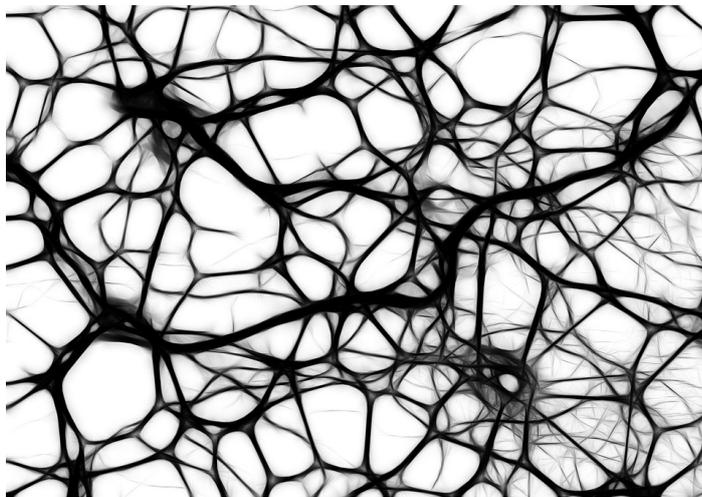
Das SciFi-Genre steht in den Mainstream-Unterhaltungsmedien nicht gerade für die ausgewogensten Visionen; Extremismus und Fatalismus sind offensichtlich unterhaltender als die Suche nach dem Mittelweg. Und auf jeden Fall spannender als die Frage, was Intelligenz an und für sich

¹ "Wir" meint die ganze Menschheit, das Detail, dass nur eine Handvoll die Maschine bauen und nicht viel mehr davon profitieren werden, ignoriere ich.

ist. Den meisten Autor_innen reicht die Aussage: So wie ein Mensch eben. Die ganzen Überlegungen zum Nachweis von Intelligenz, am bekanntesten ist sicher der Turing-Test, werden natürlich auch oft genannt, sind aber für diesen Artikel nicht von Bedeutung.

Der reale Sturm und Drang

Auch in der realen Welt, wo die Suche nach der Konstruktion einer künstlichen Intelligenz erst auf dem Weg ist, sind eher die



Extremen vertreten. Gigantische Konzerne sammeln wie wild Daten². Da niemand weiss, was von künstlichen Intelligenzen zu erwarten ist, gibt es momentan auch nicht viel mehr als totalen Optimismus oder Skepsis zum Ausdruck zu bringen. Das dazwischen ist bestenfalls nebulös. Denn dass die asimov'schen Gesetze der Robotik in ihrer Einfachheit auch die Transkription zu künstlichen Intelligenzen überstehen, ist zu bezweifeln. Gerade wenn der Mensch als Vorbild dient, sind widersprüchliche Denkprozesse zu wahrscheinlich.

Die Fantasie, mit künstlichen Mitteln eine Intelligenz (nach eigenen Vorstellungen) zu bauen, ist jedoch – ungeachtet der realen Bestrebungen und der unterhaltungsgeleiteten Extremismen

² Schon die schlichte Annahme das Intelligenz eine komplexe Angelegenheit ist, führt dazu, dass zu Beobachtungszwecken bisher unerreichte Datendichten erreicht werden müssen, sowohl als Futter für KI-Modelle zum trainieren, wie auch als Forschungsbasis zur Funktionsweise der „natürlichen“ Intelligenz von Menschen.

– mit einer starken (und produktiven) Faszination versehen: Das eigene Gehirn und das der anderen Menschen zu verstehen, die Schwächen der Vergesslichkeit und der nicht nachvollziehbaren Gedankengänge auszumerzen, oder auch die Möglichkeit zu schaffen, immer grössere Datenmengen zu integrieren und kommunizierbar zu machen.

Wie so oft, wenn Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem etwas erschaffen wollen, stellt sich die Frage,

wie sinnvoll es ist, ein Rennen um den ersten Preis oder das erste Patent zu veranstalten. Natürlich ist im Vorfeld nicht abschliessend beurteilbar, was eine Intelligenz als technisches System ausmacht. Wir können aber – aus grosser Erfahrung – davon ausgehen, dass der schnellste Weg zum Ziel

schon nach wenigen Jahren gravierende Mängel erkennen lässt. Der in der Literatur so oft erkennbare Fatalismus könnte also auch auf der Erfahrung mit der menschlichen Herangehensweise basieren, anstatt auf dem grundsätzlichen Gefahrenpotential einer KI.

Politische Implikationen

Wenn wir nun vor der Schaffung einer KI einen politischen Prozess lancieren, der alle Gefahren ausloten und begrenzen soll, dann sind wir sicher, dass die tatsächliche Entwicklung einer KI nie in Angriff genommen werden kann. (Wer also Anti-KI eingestellt ist: Das dürfte ein gangbarer Weg sein).

Wenn es allerdings gelingen würde, in die Definition von KI, bzw. in die Anforderung an eine KI, mit Begriffen wie Toleranz oder Konsensbereitschaft zu ergänzen

(Fortsetzung auf Seite 10)

Künstliche Intelligenz (von Seite 9)

zen, wird das Thema auch aus Sicht einer basisdemokratischen Linken spannend. Im Gegensatz zu hierarchischen Systemen (man denke dabei an die klassische Pyramidenform und ihr simples Flusssystem mit bloss zwei Richtungen von Datenflüssen und Entscheidungsverläufen), gelingt es im basisdemokratischen „Apparat“ kaum, die Datenmenge entscheidend zu verjüngen und zu fokussieren. Im Gegenteil: der Prozess, der aus den individuellen Meinungen ein kollektives und konsensuelles Ganzes produziert, lässt die Datenmenge exponentiell anwachsen. Cockshott und Cottrell³ haben das ohne KI als Hilfsform beschrieben. Allerdings ist die Vorstellung eines derart komplexen Systems ohne inhärente Entscheidungsfähigkeit mit einer ausufernden Bürokratie verbunden. Eigentlich würde das libertäre politische System keine eigenständige Datenverarbeitung vorsehen. Die Frage ist allerdings, wie viel Zeit die Mitglieder dieser Gesellschaft benötigen würden, um die Datenmenge und die Verarbeitungsmechanismen zu analysieren. De Facto würde dabei automatisch wieder eine Elite entstehen, die die Interpretationshoheit übernehmen würde.

anarchistische Köpfe

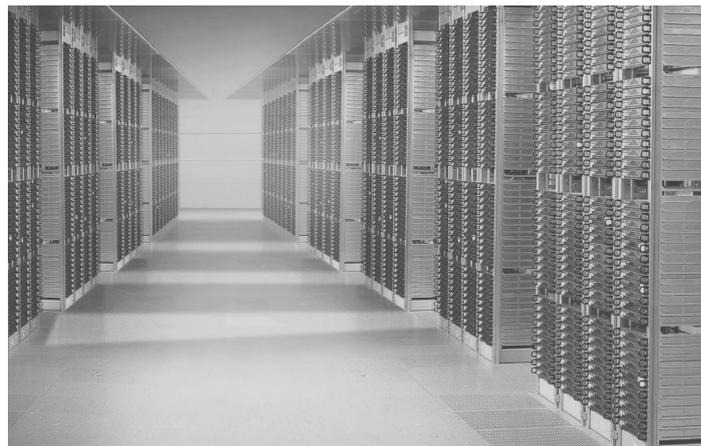
KI symbolisieren in der Literatur einerseits eine künstliche Schöpfung und andererseits extrem überlegene Lebensformen. Beispiel für letzteres ist die *Kultur* von Iain M. Banks, die im letzten Artikel dieser Serie⁴ eingeführt wurde. Seine Utopie beschreibt eine Gesellschaft von Trillionen von Intelligenzen künstlicher oder biologischer Natur, wobei die Grenzen längst verschwommen sind. Ständiges Thema ist das Verhältnis zwischen den *Köpfen*, den überlegenen Steuerungszentren der Gesellschaft und den biologischen/künstlichen Individuen der Gesellschaft. Die Qualität der Bücher liegt in einem vielseitigen Ansatz mit dichten Beschreibungen. Sein skurriler Humor fügt noch den Unterhaltungswert bei, mit dem er die Charakteren zum Leben erweckt.

³ siehe dazu den ersten Artikel der Serie in *di schwarzi chatz* #45, November/Dezember 2016, zum Buch *Alternativen aus dem Rechner – Für sozialistische Planung und direkte Demokratie*, (1993).

⁴ Siehe in *di schwarzi chatz* #48, Mai/Juni 2017.

Die Gesellschaft in die drei Kategorien biologische und künstliche Wesen und darüber die *Köpfe* einzuteilen, funktioniert bei näherer Betrachtungsweise nicht mehr wirklich. Als Beschrieb geht es, doch der ganze Zwischenbereich ist dicht gepackt mit Lebensformen. Durch die fantastischen Manipulationsmöglichkeiten biologischer Lebensformen, ist die Abgrenzung zum künstlichen Leben rein akademisch.

Trotz der (möglichen) Gliederung der Gesellschaft nach geistigem Vermögen/Potential, verweigert sich die *Kultur* (bzw. Iain M. Banks) auch auf der Ebene der Köpfe einer Hierarchisierung. Um so wichtiger wird neben den vereinbarten Handlungsrahmen und Vorgehensweisen, die Solidarität untereinander. Denn das Handlungspotential einer einzelnen Einheit, sei es eine der fliegenden Städte, ein Orbital oder auch nur eine kleinere Einheit, ist durch die Produktionsmöglichkeit schier unbegrenzt.



Die *Köpfe* legen allerhand Zurückhaltung an den Tag, wenn sie mit den Akteur_innen der Gesellschaft in Interaktion treten. Ziel ist es, den Individuen ihren eigenen Weg zu ermöglichen. Der Umgang mit Informationen und deren Zugänglichkeit, die Frage der passiven Vermittlung oder der Fokus auf das aktive Nachfragen beschäftigen den Autoren in vielerlei Weisen. Dabei entsteht jedoch nicht der Eindruck, dass es sich um Kontroll- oder Manipulationsmechanismen handelt, sondern jeweils um eine Mischung aus Respekt vor dem Gegenüber und dem Vorantreiben der eigenen Interessen. Es ist, als ob der Autor nicht direkt das Bild einer idealen Gesellschaft zeichnen wollte, sondern die darin vorkommenden individuellen cha-

ristischen und oft exzentrischen Persönlichkeiten. Das utopische an seiner Gesellschaft entsteht so nebenbei.

Schrittweise zum Ziel

Aus der Sicht der Gleichberechtigung umreissen zwei eng verwobene Fragen die Problematik:

Wie kann von einer Gleichberechtigung ausgegangen werden, wenn die Möglichkeiten der Akteur_innen derart unterschiedlich sind? Die zweite Frage ist, wie von Gleichberechtigung gesprochen werden kann, wenn in der Gesellschaft eine steuernde Schicht vorkommt, die einerseits koordinierend und kontrollierend eingreift, andererseits nur mit denselben Rechten ausgestattet ist, wie alle anderen?

Bei Banks sind es Paradigmen und Verhaltensmuster, die in der Praxis den Unterschied zur Diktatur ausmachen. Denn gerade im anarchistischen Gesellschafts-

system stellen KI mehr dar, als eine bloss Diskrepanz des Denkvermögens. Schliesslich braucht es keine Trillionen von Individuen die sich über eine ganze Galaxie verteilen, um das Konzept einer gesellschaftsweiten Konsensfindung als schwer um-

setzbar darzustellen. Die involvierten Datenmengen und die vielschichtigen Prinzipien zur Lenkung dieser Datenströme sind (selbst in der Theorie) eine ungelöste Problematik.

Die Idee des Konsens bleibt trotzdem gut. Daher werden wir uns ernsthaft mit der Frage der Hilfsmittel auseinander setzen müssen, die es erlauben aus Kleingruppen heraus zu treten und in grösseren Kreisen Handlungen zu planen. Vielleicht reichen komplexere Programme und Datennetze oder wir finden gar eine analoge Lösung. Bis dahin müssen wir eben unsere Fantasie benutzen.

Die Wiederkehr des bolschewistischen Mythos - Teil I

Dies ist die Abschrift eines Vortrags, den ich an der anarchistischen Büchermesse in London 2016 gehalten habe. Ich habe alle Punkte berücksichtigt, die ich in meinen Notizen aufgeschrieben habe – auch wenn einiges weniger ausführlich war, als im folgenden Artikel. Er deckt die grundlegenden Mythen und Realitäten über diese Zeit ab.

Der Artikel konzentriert sich auf nicht-anarchistische Quellen, also auf akademische und leninistische. Dies nicht weil die anarchistische Kritik mangelhaft wäre, sondern um zu zeigen, dass die anarchistische Kritik von einer erheblichen Menge an Belegen unterstützt wird. Alle Zitate stammen aus dem Abschnitt H von *An Anarchist FAQ*¹.

2017 jährt sich die russische Revolution zum hundertsten Mal. Wir können einen Berg von Artikeln erwarten (auch wenn er kleiner sein wird als 1967), welche betont werden, wie grossartig die Bolschewist_innen waren und, natürlich, wieso wir ihren Ideen im Hier und Jetzt folgen sollten.

Es kommt also der Zeitpunkt, an welchem wir verstehen müssen, was in Russland wirklich passiert ist – die Realität, nicht die Rhetorik, des Bolschewismus – um den bolschewistischen Mythos zu entlarven, um Alexander Berkman's Begriff zu benutzen. Um dies zu tun, werde ich versuchen, die wichtigsten Informationen aus *An Anarchist FAQ* zusammenzufassen; ich werde keine_n einzige_n Anarchist_in zitieren – diese Darstellung basiert auf den Arbeiten von Historiker_innen und Leninist_innen. Ich mache das aus dem einfachen Grund, weil sie eine enorme Menge von Belegen liefern, welche anarchistische Kritik – und Vorhersagen – sowohl in Bezug auf den Marxismus, als auch auf die bolschewistische Revolution untermauern.

Die russische Revolution begann spontan mit Protesten und Streiks gegen Lebensmittelknappheit in St. Petersburg. Proteste, welche von der lokalen bolsche-

wistischen Führung abgelehnt wurden. Ein etwas holpriger Start also. Während diesen Protesten wurden sowohl rasch die Sowjets wieder eingeführt, welche zuerst während der fast-Revolution von 1905 entstanden waren, als auch Forderungen erhoben, welche nicht bloss politische, sondern soziale Transformation verlangten. So wie dies die Anarchist_in-



Frauen verlangen nach Brot! Der Beginn der Februarrevolution war nicht zufällig: Es war der 8. März 1917, der heutige Frauenkampftag.

nen im Gegensatz zu den Marxist_innen ebenfalls auch 1905 verlangt hatten. Dies führte zur Entstehung von Fabrikräten und Forderungen nach „Arbeiter_innenkontrolle“, Enteignung des Landes durch Kleinbauern-/bäuerinnen, etc.

Erst nach der Rückkehr Lenins nach Russland begannen die Bolschewist_innen anarchistische Argumente aufzunehmen. Dies brachte Lenin natürlich in Konflikt mit der Parteibürokratie. Aber die massenhaften Eintritte radikalierter Arbeiter_innen, welche keine Marxist_innen waren und sich deswegen auch nicht gross um die „Parteilinie“ kümmerten, gaben Lenin entscheidenden Rückhalt, weshalb er wiederholt im Widerspruch zur Struktur, Ideologie und Natur der Partei handeln konnte, damit diese 1917 eine wichtige Rolle einnehmen konnte.

Die Partei

1917 wurde der „demokratische Zentralismus“, das Leitmotiv der Bolschewist_innen, ignoriert, um sicherzustellen dass die Bolschewist_innen überhaupt Einfluss auf die Ereignisse nehmen konnten.

Tatsächlich handelte die Partei auf eine Art und Weise, die nur wenige heutige „Avantgardeparteien“ tolerieren würden:

„Die Komitees hörten nicht auf die Befehle von oben... Stadtkomitees hatten die frustrierende Arbeit und die straffe Führung durchzusetzen... Die Verweigerung des Gehorsams war Alltag, wenn die Komitees den Eindruck hatten,

dass wichtige Fragen auf dem Spiel standen... Viele Parteizellen hielten es für richtig den höheren Autoritäten die Stirn zu zeigen und eigene Strategien zu verfolgen, die sie als den Umständen angepasster oder generell als erstrebenswerter betrachteten... Daraus wurde

kein grosses Geheimnis gemacht... Es gab kaum je ein Parteikomitee, welches bei der Durchsetzung seines Willens nicht auf Probleme seitens der individuellen Aktivist_innen traf“

Im Gegensatz zu heutigen Bolschewist_innen, war die Partei 1917 eine lose Föderation, die sich durch folgende Struktur auszeichnete:

„Eine intern relativ demokratische, tolerante und dezentrale Struktur und Operationsmethode, als auch ihr im Prinzip offener und massentauglicher Charakter – in krassem Gegensatz zum traditionellen leninistischen Modell – wurde ... untergeordneten Parteiorganen ... eine beträchtliche Unabhängigkeit und Initiative gewährt ... Am wichtigsten ist aber, dass diese unteren Strukturen sich ihre Taktiken selbst zusammenstellen konnten, um ihren spezifischen Gegebenheiten in sich rasant verändernden Bedingungen gerecht zu werden. Grosse

(Fortsetzung auf Seite 12)

¹ Band I erschienen 2008, Band II erschienen 2012, beide bei AK Press.

Bolschewismus (von Seite 11)

Zahlen von Neumitgliedern wurden für die Partei geworben, die wenig, wenn überhaupt, über Marxismus wussten und die sich nicht um Parteidisziplin scherten.“

Oder wie es ein altgedienter Bolschewist namens Laschewitsch ausdrückte:

„Oft ist es unmöglich zu sagen, wo der Bolschewist endet und wo der Anarchist beginnt“.

Trotzdem behielt die Partei eine Bürokratie. Wie Tony Cliff zugab, „entwuchs [der Partei] ein gewisser Konservatismus“ – so fest, dass er ein Hindernis für die Revolution wurde: „an praktisch allen scharfen Wendepunkten musste sich Lenin auf die unteren Sphären der Parteimaschinerie und gegen die höheren Sphären oder auf die Basismitglieder gegen die Parteimaschinerie als Ganzes verlassen.“ Lenin verbrachte gleich viel Zeit damit, seine eigene Parteimaschinerie zu bekämpfen, wie damit die Revolution voranzubringen.

Dies wird durch Trotzki bestätigt, welcher zugab, dass „ohne Lenin niemand gewusst hätte, was aus dieser nie dagewesenen Situation hätte gemacht werden sollen.“ Der „Aprilkonflikt zwischen Lenin und dem Führungskader der Partei war nicht der einzige seiner Art. Während der ganzen Geschichte des Bolschewismus [...] standen alle Führer_innen der Partei zu allen wichtigen Momenten rechts von Lenin.“ Im Oktober konnte Lenin denn auch „seine Ansichten nur am Zentralkomitee vorbei durchsetzen“ und „rief zur resoluten Konfrontation der bewegten Massen und Ideen mit dem schwerfälligen Parteiapparat auf. Kurz gesagt waren „die Massen unvergleichlich revolutionärer als die Partei, welche wiederum revolutionärer als die Mitglieder des Zentralkomitees war“.

Dies weist alle Grundannahmen des Leninschen Parteischemas zurück, besonders dass die breite Masse der Parteimitglieder, wie auch der Arbeiter_innen, durch bourgeoise Ideen beeinflusst würden und darum einer zentralen Führerschaft und Kontrolle von oben bedürften.

Trotzdem verschwand die Parteibürokratie nicht und spielte eine schlechte Rolle,

als die Partei die Macht ergriff – indem sie eine Struktur und eine ideologische Rechtfertigung für die Einführung der zentralistischen Kontrolle, auf der die Avantgarde aufbaute, lieferte.

Lenins Staat und Revolution

Dies ist der Kontext, in welchem Lenin *Staat und Revolution* – das, wenn man so will, Wahlprogramm des Bolschewismus – geschrieben hat. Im folgenden soll es mit der bolschewistischen Praxis verglichen werden.

Zuerst muss gesagt werden, dass vieles,



Eine Sitzung des Petrograder Soldatensowjets in der Duma.

was in diesem Buch als Marxismus verkauft wird, eigentlich Anarchismus ist. Arbeiter_innenräte als Gerüst der sozialistischen Gesellschaft finden sich bei Bakunin, nicht bei Marx. Es verfälscht auch anarchistische Positionen – Anarchist_innen haben, trotz Lenins Behauptungen, immer die Notwendigkeit gesehen die Revolution zu verteidigen (mittels föderierter Arbeiter_innenmilizen, welche die föderierten Arbeiter_innenräte verteidigen) und dachten nie, dass der Anarchismus „über Nacht“ erscheinen werde.

Wie ist also die Argumentation in diesem Buch? Mit der Pariser Commune als Prototyp argumentiert Lenin für die Abschaffung des „Parlamentarismus“. „Repräsentative Institutionen“ sollen „von blossen Laberbuden zu funktionierenden Organen“ gemacht werden, indem „die Arbeitsteilung zwischen der Legislative und der Exekutive“ abgeschafft werden soll; „Alle Amtsträger_innen, ohne Ausnahme, sollen gewählt werden und jederzeit wieder abgesetzt werden können“;

Die „unmittelbare Einführung von Kontrolle und Aufsicht durch alle, so dass alle für eine gewisse Zeit „Bürokrat_innen“ werden und so, dass niemand „Bürokrat_in“ werden kann“. Proletarische Demokratie würde „unmittelbare Schritte unternehmen, um die Bürokratie bis auf die Wurzeln auszurotten.“ Ohne „privilegierte Personen losgelöst von den Massen und über den Massen“; Ohne „spezielle Organe Bewaffneter“, die ausserhalb des Volkes stehen: „denn die Mehrheit des Volkes selbst unterdrückt die Unterdrücker_innen“, eine „gesonderte Macht“ ist nicht mehr vonnöten: „Abschaffung des

stehenden Heeres“ durch die „bewaffneten Massen“; Der neue (Arbeiter_innen-)Staat würde die „Organisation der Gewalt zur Unterdrückung [...] der Ausbeuter_innenklasse [...] Die Arbeiter_innen brauchen einen Staat nur um den Widerstand [...] der Grundbesitzer_innen und Kapitalist_innen zu überwinden.“ Ihr „Widerstand muss

mit Gewalt gebrochen werden: Es ist klar, dass wo Unterdrückung herrscht, gibt es auch Gewalt, dort gibt es weder Freiheit, noch Demokratie.“

Deswegen solle die „Diktatur des Proletariats“ die „Einführung der vollständigen Demokratie für das Volk sein.“ Diese Punkte sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Funktionierende Organe

Das Versprechen der funktionierenden Organe – Die Vereinigung der legislativen und exekutiven Funktionen in einem einzigen Organ – wurde schnell gebrochen, denn das erste Organ, das erschaffen wurde, war der „Rat der Volkskommissare“. Dieser war eine Regierung über dem Zentralen Exekutivrat des Sowjetkongresses und deswegen unabhängig und über diesem.

Lenins *Staat und Revolution* überstand also kaum die Nacht, Wie es das bolschewistische Zentralkomitee ausdrückte:

„Es ist unmöglich eine rein bolschewistische Regierung abzulehnen, ohne Verrat an der Parole „alle Macht den Räten“ zu begehen, da eine Mehrheit beim Zweiten Allrussischen Kongress der Sowjets [...] die Macht an diese Regierung übertrug“.

Vielleicht könnte argumentiert werden, dass Lenins Versprechen eingehalten wurde, als die neue Regierung sich nur vier Tage später auch legislative Macht übertrug? Nein, denn die Pariser Commune nahm die Exekutivgewalt in die eigenen Hände. Lenin kehrte dies um.

Dieser Prozess war ebenfalls nicht auf die Spitze beschränkt:

„Die wirkliche Macht der lokalen Sowjets floss immer stärker zu den Exekutivkomitees, und speziell deren Vorsitzenden. Plenarversammlungen wurden immer symbolischer und wirkungsloser“.

Wahl, Abwahl, etc.

Anfang 1918 gab es eine systematische Kampagne gegen das Wahlprinzip in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Im März 1918 ersetzte Trotzki in der Armee die gewählten Offiziere mit Ernennungen: „Das Wahlprinzip ist politisch unnützlich und technisch unzweckmässig, und es wurde per Dekret abgeschafft“.

Lenin setzte sich für Einpersonenfürhungen in den Betrieben ein und installierte im April 1918 auch solche, die „diktatorische Macht auf sich vereinten“. Dies bedeutete die Abschaffung der Fabrikkomitees zugunsten von Einpersonenfürhungen unter zentraler staatlicher Führung. Nicht dass Lenin sich überhaupt je für wahre Arbeiter_innenselbstverwaltung einsetzte, sondern eher für die Aufsicht der Bosse durch die Arbeiter_innen – und es muss auch betont werden, dass die Forderung nach Arbeiter_innenselbstverwaltung von Arbeiter_innen, und nicht der Partei, eingebracht wurde. Die Partei wurde wiederum den Ansprüchen des Avantgardismus nicht gerecht.

In den Sowjets, weigerten sich die Bolschewist_innen Wahlen abzuhalten, da sie „fürchteten, dass die Oppositionsparteien zulegen könnten.“ Als schlussendlich Wahlen abgehalten wurden, „wurden die Wahlergebnisse von bolschewisti-

schen bewaffneten Kräften umgestossen.“ Zusätzlich füllten die Bolschewist_innen die lokalen Sowjets mit Vertreter_innen von Organisationen, welche sie kontrollierten, „sobald sie nicht mehr auf eine Mehrheit bei Wahlen bauen konnten.“ Dies führte dazu dass die Wahlen in den

der arbeitenden Bevölkerung Moskaus in den Ministerien beschäftigt. Dies wurde bald zu einer Quelle der Ineffizienz und Verschwendung – als auch der neuen Privilegien und Macht für Wenige“.



Der früh geschaffene „Rat der Volkskommissar_innen“ war schon früh ein Organ über den vermeintlich von unten geführten Sowjets.

Betrieben irrelevant wurden (zum Beispiel wurden in St. Petersburg „nur 260 von ungefähr 700 Vertreter_innen des neuen Sowjets in den Fabriken gewählt, was im Vornherein eine bolschewistische Mehrheit garantierte“ und deswegen „erreichten die Bolschewist_innen eine Mehrheit“ obwohl sie nur 127 der 260 Direktmandate erhielten).

Eliminierung der Bürokratie

In starkem Gegensatz zu Staat und Revolution, brachte der neue Staat eine Bürokratie hervor, die

„sprunghaft anwuchs. Kontrolle über die neue Bürokratie wurde stetig kleiner, teilweise weil es keine echte Opposition gab. Die Entfremdung zwischen dem „Volk“ und den „Beamten“, welche das Sowjetsystem überwinden sollte, war zurück. Ab 1918 wurden Beschwerden über „bürokratische Exzesse“, mangelnder Kontakt zu den Wähler_innen und neue proletarische Bürokrat_innen stetig lauter.“

Kurz gesagt:

„Der alte Staatsapparat wurde ‚zerschlagen‘, aber an seiner Statt trat ein neues bürokratisches und zentralistisches System, das mit einer ausssergewöhnlichen Geschwindigkeit entstand [...] Als sich die Funktionen des Staates ausweiteten, tat dies auch die Bürokratie, bis August 1918 war fast ein Drittel

Abschaffung gesonderter bewaffneter Kräfte

In Bezug auf die Bewaffnung des Volkes und der Abschaffung „gesonderter Organe“ Bewaffneter, hielt dieses Versprechen keine zwei Monate. Im Dezember 1917 erschuf der Rat der Volkskommissare eine politische Polizei, die Tscheka. Bezeichnenderweise befand sich ihr erstes Hauptquartier in demjenigen des alten zaristischen Geheimdienstes.

Wie gesagt wurden die Wahlen in der Armee per Dekret abgeschafft und die Rote Armee wurde von einer Arbeiter_innenmiliz (also einem bewaffneten Volk) zu einem „gesonderten Organ“. Kaum erwähnenswert ist deswegen, dass sie schon bald benützt wurde, um unter anderem Sowjets aufzulösen, Streiks zu brechen und Proteste niederzuschlagen.

Das erste Jahr der Revolution

Dies geschah alles in der Zeit vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs Ende Mai 1918. Zum Jahrestag der Oktoberrevolution, nahm das neue Regime Form an – und es hatte wenig Ähnlichkeit zu Staat und Revolution.

Politisch gesehen war es eine Parteidiktatur. Zusätzlich zum Sturm auf die lokalen Sowjets, füllten die Bolschewist_innen den Fünften Sowjetkongress im Juli 1918, wo-

(Fortsetzung auf Seite 14)

mit sie den linken Sozialrevolutionären ihre Mehrheit verweigerten (was erklärt wieso heutige Leninist_innen so darauf bedacht sind, wichtige Komitees zu kontrollieren!). Ökonomisch gesehen handelte es sich um Staatskapitalismus mit Einpersonenmanagement als offizielle Politik (die systematisch durchgesetzt wurde, nachdem 1920 der Sieg im Bürgerkrieg als sicher galt). Es gab eine staatliche und zentralisierte ökonomische Struktur, welche die Wirtschaft der Bürokratie aushändigte. Bemerkenswerterweise blieben die alten Chefs meistens auf ihren Posten – sie zogen die Verwaltung durch den Staat der Arbeiter_innenselbstverwaltung vor.

Die Bürokratie sass fest im Sattel, denn „in den Sowjets und im ökonomischen Management war Mitte 1918 der Embryo der zentralisierten und bürokratischen Staatsformen bereits entstanden.“ Ende 1920 gab es fünfmal mehr Beamte (5'880'000) als Industriearbeiter_innen!

In der Partei wurde der demokratische Zentralismus durchgesetzt, nachdem die „Bolschewist_innen, die jahrelang ohne Erfolg über eine strikte Befehlshierarchie in der Partei diskutiert hatten, ihre Ideen in die Praxis umsetzten“. Die Partei selber wurde verkleinert, was eine Folge der Entfremdung der Arbeiter_innen vom Regime war und „als der Anteil der Arbeiter_innen an den Mitgliedern sank [...] nahmen Eintritte aus der Mittelschicht zu.“

Die Realität, und Notwendigkeit, der Parteidiktatur wurde bald offen zugegeben. Victor Serge vermerkte: „Zu Beginn des Jahres 1919 war ich schockiert, als ich einen Artikel von Zinowjew [...] über das Machtmonopol der Partei las“ (er verbarg seinen Schrecken gut!). Zinowjew verkündete der Welt seine Position am Zweiten Kongress der Kommunistischen Internationalen 1920:

„Viele [...] sagen, dass es in Russland keine Diktatur der Arbeiterklasse gibt, sondern eine Diktatur der Partei. Sie denken, dass dies ein Vorwurf ist. Nicht im Geringsten! Wir haben die Diktatur der Arbeiterklasse und das ist exakt wieso wir auch eine Diktatur der Kommunistischen Partei haben. Die Kommunistische Partei ist nur eine Funktion, ein Attribut, ein Ausdruck

der Diktatur der Arbeiterklasse ... die Diktatur des Proletariats ist zur gleichen Zeit die Diktatur der Kommunistischen Partei“.

Lenin machte ähnliche Kommentare. Zum Beispiel erklärte er 1920 im Bezug auf die Tscheka, dass

„ohne gegen die erklärten Feinde der Arbeiter und Bauern gerichtete revolutionäre Zwang, ist es unmöglich den Widerstand dieser Ausbeuter zu bre-



Bild eines Sowjets: Ursprünglich als Arbeiter_innenräte, gestellt durch die Bevölkerung, konzipiert, wurden sie bald schon von der Kommunistischen Partei übernommen und ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt.

chen. Auf der anderen Seite muss die revolutionäre Zwang gegen die wankenden und unstabilen Elemente in der Masse selbst angewandt werden.“

An einer anderen Stelle erklärt er, dass „in allen kapitalistischen Ländern [...] das Proletariat noch immer so geteilt, so verkommen und in Teilen so korrumpiert ist“, dass Macht „nur durch eine Avantgarde ausgeübt werden kann [...] Die Diktatur des Proletariats kann nicht durch Massenorganisationen ausgeübt werden.“ Trotzki argumentierte in den 1920ern ähnlich und behielt diese Position bis zu seinem Tod. Zum Beispiel 1938 argumentierte er, dass

„die Massen zu verschiedenen Zeiten durch verschiedene Stimmungen und Ziele inspiriert werden. Nur aus diesem Grund ist eine zentralistische Organisation der Avantgarde unverzichtbar. Nur eine Partei, welche die errungene Macht ausübt, ist in der Lage, die Unschlüssigkeit der Massen selbst zu überwinden [...] Wenn die Diktatur des Proletariats überhaupt etwas bedeuten soll,

dann bedeutet sie, dass die Avantgarde des Proletariats mit den Ressourcen des Staates bewaffnet ist, um Gefahren zurückzuwerfen, inbegriffen derjenigen, welche aus den rückständigen Schichten des Proletariats entstammen“.

Natürlich ist jede_r „rückständig“ im Vergleich zu der „Avantgarde“ und er wiederholte die Schlussfolgerung, die er fast zwanzig Jahre zuvor gezogen hatte:

„Die revolutionäre Diktatur einer proletarischen Partei [...] ist eine objektive Notwendigkeit, die uns von den sozialen Realitäten aufgezwungen wird. Die revolutionäre Partei (Avantgarde), welche ihre eigene Diktatur zurückweist, ergibt die Massen der Konterrevolution.“

Die Staatsgewalt wird also von der Avantgarde benötigt um die Arbeiter_innen zu beherrschen – um die Massen zu zwingen, frei zu sein.

Im Gegensatz zu 1917, als Lenin argumentiert hatte, dass der neue („Arbeiter_innen-“)Staat nur die Ausbeuter_innen unterdrücken werde, kamen die Bolschewist_innen an der Macht schnell zum Schluss, dass er benützt werden müsse, um alle zu unterdrücken, die sich gegen die Macht der Bolschewist_innen stellten – auch Arbeiter_innen und Bäuer_innen. Bezeichnenderweise waren von den 17'000 statistisch erfassten Lagerinsassen im November 1920, 39% Bäuer_innen und 34% Arbeiter_innen.

Dazu nochmals Lenins Worte von 1917: *„Wo Unterdrückung herrscht, gibt es auch Gewalt, dort gibt es weder Freiheit, noch Demokratie.“*

Es kann demzufolge keine Freiheit oder Demokratie für die Arbeiter_innen geben, wenn der „Arbeiterstaat“ sie unterdrückt.

Iain McKay

Zuerst erschienen im
Anarcho-Syndicalist Review ASR #70
Übersetzt von smf

*Ein Aufschrei geht durch die Welt
Ein weisser Mann mit Geld
Ein weisser Mann mit Macht
Tut nur wies ihm gefällt
und hinterlässt Ohnmacht*

*Eine weisse Betroffene postet zum ersten Mal
Klaut von Schwarzen, nicht zum ersten Mal*

*Es geht nicht lang, da kommt die Reaktion
Victim Blaming; Unglaube man kennt es schon
Doch Unschuldslamm, das gabs noch nie
Vielleicht ists ein Wolf, dieser #Notme
Denn so sie Raum wegnahmen
von denen die kaum Raum bekamen*

*Dein „Ich wars nicht“ wird nix bewegen
bei all Jenen die Sexismus erleben
Hör zu, greif ein, schau hin!
Das macht weitaus mehr Sinn*

*Und überlass die Öffentlichkeit nicht denen
die über solche Anliegen Witze machen
und jenen die gegen „Rapefugees“ hetzen
nun ihre Dolche und Gesetze wetzen
oder über unseren Streit lachen
oder reiche privilegierte Weisse
mit ihrer verlogenen Opferschuldscheisse
sondern hilf allen die sich jetzt auflehnen*

*Doch bleibt das ganze nur binär
ob nur in Programmiersprache
oder der Genderfrage
dann hats die Revolution schwer*

Feng Apollinarian Tifa

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Unions in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!

131 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Achtstundentag gestreikt wurde. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Streik gefordert werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

13% weniger Lohn? 3% weniger Arbeit?
Arbeit von Frauen wird immer noch grossenteils für einen Lohn von 13% weniger bezahlt als diejenige von Männern.

100 Jahre Frauenwahlrecht
100 Jahre Frauenwahlrecht. Ein Jubiläum, das Anlass zu Reflexion über die Rolle der Frauen in der Schweiz und in der Welt bietet.

100 Jahre Frauenwahlrecht
100 Jahre Frauenwahlrecht. Ein Jubiläum, das Anlass zu Reflexion über die Rolle der Frauen in der Schweiz und in der Welt bietet.

abonnieren?

- Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort: E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Löhne in der Gastronomie

Sämtliche Angaben basieren auf dem Landesgesamtarbeitsvertrag (L-GAV) 2017

Mindestbruttolohn pro Monat

Achtung: Vollzeitstudierende sind vom Mindestlohn ausgeschlossen!

Alle Lohnangaben sind ohne Sozialabgaben.

Der monatliche Mindestlohn bezieht sich auf 42 Stunden pro Woche in Normalbetrieben und auf 43.5 Stunden pro Woche in Saisonbetrieben:

- 2179.- für Praktikant_innen
- 3417.- für Unausgebildete (Stufe Ia)
- 4120.- für ausgebildete Köch_innen EFZ (Stufe IIIa)

Davon kann dir wenn **vertraglich** geregelt in der **Einführungszeit** 8% abgezogen werden. In der Stufe I jedoch maximal 12 Monate, falls du nicht in einem anderen Betrieb bereits 4 Monate gearbeitet hast. Dann gilt der Rabatt nur 3 Monate. Bei einer Wiederanstellung im gleichen Betrieb – wenn die Frist dort schon mal ausgelaufen ist – kann nicht nochmal der Rabatt verlangt werden, wenn dein letzter Arbeitseinsatz dort nicht länger als 2 Jahre her ist. Dies ist zum Beispiel bei Saisonstellen der Fall.

In der Stufe IIIa beträgt die maximale Einführungszeit 3 Monate, aber nur direkt nach deiner Ausbildung.

Bei **Umsatzbeteiligung** darf der Mindestlohn nicht unterschritten werden. Dein Einkommen muss bei 100% also jeden Monat über dem Mindestlohn liegen, eine Kompensation mit „guten „ Monaten ist nicht erlaubt.

Alle Arbeitenden, welche die Probezeit bestanden haben, haben Anspruch auf einen anteilmässigen 13. Monatslohn.

Mindestlohn pro Stunde

Stundenlöhne sind nur bei unregelmässiger Arbeit oder einer kurzen Beschäftigungszeit zulässig.

Im unten aufgeführten Gesamtlohn sind prozentuale Zuschläge für die Ferien- und Feiertagsentschädigungen sowie jene für den 13. Monatslohn enthalten.

- Praktikum Normalbetrieb:

- 11.97/Stunde Grundlohn
- 14.64/Stunde Gesamtlohn

- Praktikum Saisonbetrieb:

- 11.53/Stunde Grundlohn
- 14.10/Stunde Gesamtlohn

- Unausgebildet Normalbetrieb:

- 18.77/Stunde Grundlohn
- 22.97/Stunde Gesamtlohn
- 21.12/Stunde mit Einführungslohn

- Unausgebildet Saisonbetrieb:

- 18.08/Stunde Grundlohn
- 22.12/Stunde Gesamtlohn
- 20.34/Stunde mit Einführungslohn

- Mit EFZ im Normalbetrieb:

- 22.64/Stunde Grundlohn
- 27.69/Stunde Gesamtlohn
- 25.47/Stunde mit Einführungslohn

- Mit EFZ im Saisonbetrieb:

- 21.80/Stunde Grundlohn
- 26.66/Stunde Gesamtlohn
- 24.54/Stunde mit Einführungslohn

weitere Infos findest du auf:

<http://faubern.ch/index.php/gastronomie.html>



Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 400
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch